25. 1. a) Findet §. 6 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 nur auf solche Druckschriften Anwendung, die zur gewerbmäßigen Verbreitung bestimmt sind?

b) Was ist unter „zu den Zwecken des Gewerbes ... dienend“ im zweiten Absätze dieses Paragraphen zu verstehen?

c) Wird der Vorschrift des ersten Absatzes dieses Paragraphen, daß Name und Wohnort des Verlegers etc genannt sein müssen, durch eine unpersönliche Bezeichnung, z. B. durch die Unterschrift „das Komitee“, genügt?

2. Fällt die Aufforderung zum Ungehorsam gegen bürgerliche Gesetze unter §. 110 St.G.B.'s?

St.G.B. §. 110.

Preuß. Berggesetz vom 24. Juni 1865 §. 81.

Pr.A.L.R. I. 5 §. 270.

3. Wird durch die Koalitionsfreiheit auch der Vertragsbruch zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gerechtfertigt?

R.Gew.D. §§. 152. 153. 122. 134.

IV. Straffenat. Ur. v. 3. Dezember 1889 g. R. u. Gen. Rep. 2478/89.

I. Landgericht Essen.

Auf Revision der Staatsanwaltschaft ist, in Übereinstimmung mit dem Antrage des Oberreichsanwaltes, das freisprechende Urteil des Landgerichtes aufgehoben und die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen worden aus folgenden

Gründen:

Nach den Feststellungen des Vorderrichters hat der Angeklagte R. durch den Angeklagten B., der auch das Manuscript auf Diktat geschrieben, ein Flugblatt drucken lassen, welches nachstehenden Wortlaut hatte:

„Kameraden! Da unsere Delegierten und Deputierten von Bochum und Dortmund in der Sache des Strikes gemäßigelt worden sind, indem die Herren Arbeitgeber ihr uns verpfändetes Wort nicht gehalten haben und wir an unser Central-Strike-Komitee in Bochum unbedingt festhalten müssen, so fordern wir hiermit sämtliche Kameraden auf, den Strike wieder so aufzunehmen, wie wir ihn verlassen haben.
Das Komitee.“

Von diesem in 150 Exemplaren gedruckten Aufrufe, welcher außer vorstehendem Texte nur noch den Namen und Wohnort des Druckers: „Bernh. B. in St.“ enthielt, hat der Angeklagte R. einen Packen in der R.'schen Wirtschaft auf den Tisch niedergelegt, damit die anwesenden Bergleute — Deputierte — eine Anzahl davon nähmen und einzeln weiter verbreiteten, auch selbst ein Exemplar dem Lehrer J. auf dem Markte in St. gegeben.

Der Vorderrichter hat in diesen von ihm für erwiesen erachteten Thatfachen weder eine Zuwiderhandlung gegen §. 6 des Reichspressgesetzes vom 7. Mai 1874 noch den Thatbestand des §. 110 St.G.B.'s gefunden.

Die auf Verletzung dieser Gesetze, des §. 81 des Berggesetzes und §. 270 I. 5 A.L.R.'s sowie „allgemeiner Rechtsgrundsätze“ gestützte Revision der Staatsanwaltschaft erscheint begründet.

1. Der Vorderrichter erachtet selbst das fragliche Flugblatt für eine Druckschrift im Sinne des §. 2 des Reichspressgesetzes und den Angeklagten R. für deren Verleger, „welcher der Druckschrift die Thür zum Austritte in die Welt eröffnete, welcher das Blatt erscheinen ließ“ und „zugleich auch verbreitete.“

Es kann dahingestellt bleiben, ob R. für den Verleger des für den Buchhandel nicht bestimmten Flugblattes oder vielmehr — wie es an einer anderen Stelle der Urteilsgründe heißt — für den „den Selbstvertrieb übernehmenden Herausgeber“ anzusehen ist, da sich §. 6 des Reichspressgesetzes auf den Einen wie auf den Anderen bezieht. Dennoch verneint der Vorderrichter, daß das Flugblatt überhaupt unter diese Vorschrift falle. Indes mit Unrecht. Wenn ihm auch zuzugeben ist, daß „nicht jedes bedruckte Stück Papier, sondern nur der zur Verbreitung bestimmte Druck dem Begriffe der Druckschrift im Sinne des Gesetzes entspricht“ (vgl. §. 2 des Reichspressgesetzes), so ist daraus doch nicht zu folgern, daß die Worte „zur Verbreitung bestimmt“ in §. 6 die engere Bedeutung der Bestimmung zur gewerbmäßigen Verbreitung haben. Die Gesetzesworte: „für den Buchhandel oder sonst zur Verbreitung bestimmt“ drücken nicht eine „Gleichstellung“ dieser Verbreitungsarten, sondern eine Gegenüberstellung aus, derartig, daß, wie es in §. 6 weiter heißt, außer dem Namen und Wohnorte des Druckers bei der Verbreitung durch den Buchhandel die entsprechende Bezeichnung des Verlegers, bei der sonstigen Ver-

breitung, „beim Selbstvertriebe der Druckschrift“, der des Verfassers oder Herausgebers angegeben werden muß. Gerade die Worte „beim Selbstvertriebe der Druckschrift“ beweisen, daß unter der „sonstigen“ Verbreitung im Gegensatze zum Buchhandel nicht bloß die gewerbsmäßige verstanden werden kann, da der Verfasser einer Druckschrift, der nur dieses sein Werk selbst vertreibt, der Regel nach nicht gewerbsmäßig, d. h. in Ausführung einer fortgesetzten, auf Erwerb gerichteten Thätigkeit, handelt. Ergiebt hiernach der Wortlaut des §. 6, daß auf jeder zur Verbreitung bestimmten Druckschrift außer dem Drucker auch der Verleger oder Verfasser genannt sein muß, so kann es unerörtert bleiben, ob die Wiederholung der nach §. 2 zum Begriffe Druckschrift gehörigen Worte „zur Verbreitung bestimmt“ in §. 6 auf einem Redaktionsfehler beruht oder anderweit zu erklären ist. Der §. 6 Abs. 2 läßt deutlich erkennen, daß nur die dort bezeichneten Druckschriften von der Vorschrift des ersten Absatzes ausgenommen sein sollen. Die von dem Angeklagten N. auf die Revision abgegebene Gegenerklärung will die fragliche Druckschrift nun zwar als „zu den Zwecken seines Gewerbes im Sinne des §. 152 Gew.D. dienend“ unter diese Ausnahmen bringen; allein die in §. 6 Abs. 2 angegebenen Beispiele „Formulare, Preiszettel, Visitenkarten u. dgl.“, der Gebrauch des bestimmten Artikels „zu den Zwecken“ sowie die Zusammenstellung: „zu den Zwecken des Gewerbes und Verkehres“ stellen außer Zweifel, daß diese Ausnahme nicht alle mit irgend welchen Zwecken des Gewerbes zusammenhängenden, sondern nur die dem regelmäßigen geschäftlichen Leben dienenden Druckschriften zum Gegenstande hat. Das freisprechende Urteil kann endlich auch nicht dadurch gehalten werden, daß, wie die Gegenerklärung des Angeklagten B. hervorhebt, das Flugblatt die Unterschrift „das Komitee“ trägt. Daß eine derartige unpersönliche Bezeichnung die Angabe von Namen und Wohnort nicht erregen kann, findet seine Bestätigung in der vom Gesetze selbst in §. 6 Abs. 1 vorgesehenen Ausnahme, daß der Name des Druckers oder Verlegers durch die eingetragene Firma ersetzt werden darf.

2. Der §. 110 St.G.B.'s bestraft denjenigen, der in dort näher bezeichneter Weise „zum Ungehorsam gegen Gesetze“ anfordert. Daß unter Gesetzen nicht oder doch nicht ausschließlich Strafgesetze zu verstehen sind, ergiebt sich schon daraus, daß der Ungehorsam gegen Strafgesetze, die bewußte und gewollte Hinzwidehandlung gegen letztere,

in der Regel in der Begehung strafbarer Handlungen besteht und die Aufforderung zu solchen durch §. 111 besonders unter Strafe gestellt ist. Daß irgend eine andere Art von Gesetzen von dem Schutze des §. 110 ausgeschlossen sein soll, läßt sich aus Wortlaut, Sinn und Zweck des Paragraphen nicht entnehmen. Seinem Wortlaute nach stellt §. 110 den Ungehorsam gegen Gesetze und gegen gewisse unter bestimmten Voraussetzungen den Gesetzen gleich zu erachtende Verordnungen und Anordnungen unter Strafe, ohne — im Gegensatz zu den Verordnungen und Anordnungen — die Gesetze, die er schützt, irgendwie näher zu kennzeichnen. Gegenstand des strafrechtlichen Schutzes ist hiernach die Autorität des Gesetzes an sich. Diese wird in gleichem Maße verletzt, welchen Inhalt das Gesetz auch haben, welchem Gebiete es auch angehören mag.

Vgl. Dppenhoff, Rechtspr. Bd. 19 S. 566.

Gerade in ihrer Eigenschaft als Gesetzgeber soll die Staatsgewalt durch die Vorschrift des §. 110 geschützt werden; die vollziehende Gewalt, die richterliche Gewalt, die sich in Handlungen einzelner Organe des Staates äußern, finden ihren Schutz durch eine Reihe besonderer Strafvorschriften (§§. 113 flg. 129. 137 St.G.B.'s), die gesetzgebenden Versammlungen und deren Mitglieder persönlich durch §§. 105. 106 St.G.B.'s, die gesetzgebende Gewalt als solche nur durch §. 110. Wenn aber der Staat als Gesetzgeber überhaupt eines besonderen Schutzes bedarf, so ist nicht abzusehen, warum dieser auf irgend welche einzelne Richtungen der gesetzgeberischen Thätigkeit beschränkt werden sollte. Während die sonstigen Einzelbestimmungen des Strafgesetzbuches den verschiedensten Rechtsgebieten, dem Vermögensrechte wie dem Familienrechte, dem Rechte des Staatsoberhauptes wie den politischen Rechten des Einzelnen, durch ihre Strafsetzungen einen verstärkten Schutz geben, schützt §. 110 das Gesetz an sich. Das Bedürfnis dieses allgemeinen Schutzes ist am erkennbarsten gerade bei jenen Gesetzen, deren Verletzung nicht unter besonderen strafrechtlichen Schutz gestellt ist.

Damit, daß einem Gesetze der verstärkte strafrechtliche Schutz nicht gewährt ist, ist allerdings anerkannt, daß seine Verletzung im Einzelfalle das Interesse des Staates selbst nicht in dem Maße berührt, als die Verletzung der durch das Strafgesetz geschützten Gesetze. Auch die Aufforderung des Einzelnen zur Nichtbefolgung derartiger strafrechtlich

nicht geschützter Gesetze schädigt das Ansehen des Staates nicht, ist in ihrer beabsichtigten oder eingetretenen Wirkung der Regel nach gegen ein bestimmtes Recht, sei es des Einzelnen, sei es des Staates gerichtet. So wird z. B. die Steuerverweigerung eines Einzelnen oder die individuelle Aufforderung zu solcher zwar das Finanzinteresse des Staates schädigen oder gefährden, aber nicht seine Autorität als Gesetzgeber beeinträchtigen. Anders liegt die Sache bei öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze; durch diese wird die Achtung vor dem Gesetze als solchem, das Ansehen der gesetzgebenden Gewalt untergraben. Der Widerstand gegen die Staatsgewalt in ihrer Eigenschaft als Gesetzgeber erfüllt den Tatbestand des §. 110, ohne daß es darauf ankommt, ob dadurch noch andere Pflichten gegen den Staat verletzt werden, Pflichten, die überdies — abgesehen von der Steuerpflicht — meist durch besondere Strafgesetze geschützt sind.

Ist es der anerkannte Zweck des §. 110, die unpersonlichen Grundlagen der bestehenden Rechtsordnung zu schützen,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 5 S. 72, Bd. 10 S. 296, so leuchtet ein, daß letztere durch eine öffentliche Aufforderung, gewisse civilrechtliche Pflichten nicht zu erfüllen (man denke z. B. an die Agitation der irischen Landliga gegen Zahlung der Pächte), unter Umständen schwerer gefährdet werden kann als durch eine gleiche Aufforderung zum Ungehorsam gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften, etwa zum Nichtbesuche der Fortbildungsschulen, zur Nichtbeachtung der Polizeiverordnungen über die Befestigung der Ofenklappen,

Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 106, oder über die Polizeistunde.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 10 S. 296.

Kann hiernach der Schutz des §. 110 den bürgerlichen Gesetzen an sich nicht versagt werden, so kann im vorliegenden Falle unerörtert bleiben, ob derselbe sich nur auf solche Gesetze beschränkt, die „Gehorsam“ erheischen, die gebieten oder verbieten, oder ob er sich insbesondere auch auf die sog. dispositiven Gesetze erstreckt. Denn selbst wenn dem Vorderrichter darin beigetreten werden könnte, daß §. 81 des Berggesetzes, welcher nur mangels besonderer Vereinbarung die 14 tägige Kündigung vorschreibt, den Schutz des §. 110 nicht genießt, so enthält die in Frage stehende Nichterfüllung der Arbeitsverträge doch jedenfalls ein Zuwiderhandeln gegen das Gebot des §. 270 I. 5

U. U. R.'s. Der §. 270 bildet in seiner systematischen Stellung zwar den Ausgangspunkt für diejenigen Bestimmungen, welche die civilrechtlichen Folgen der Nichterfüllung der Verträge ordnen; er enthält aber auch in selbständiger Form das positive Gebot der Vertragserfüllung. Dieses Gebot hat keinen besonderen strafrechtlichen Schutz; die öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen dasselbe, durch welchen in weiterer Ausdehnung die bestehende Rechtsordnung schwer gefährdet werden könnte, fällt aber unter §. 110 St. G. B.'s.

Der strafrechtliche Ungehorsam gegen das Gesetz ist aber nicht ohne weiteres mit der civilrechtlichen Verletzung des Gesetzes gegeben. Die bloße Nichterfüllung einer civilrechtlichen Verpflichtung, insbesondere eines Vertrages, die auf Zahlungsunvermögen oder auf entgegenstehenden Einreden beruhen kann, begründet den Klagenspruch des Verletzten auf Erfüllung oder Entschädigung, bildet aber nicht das Thatbestandsmerkmal des Ungehorsams. Wenn zur Erfüllung des letzteren auch das bloß passive Verhalten genügt, so muß dieses doch bewußt und gewollt gegen das Gesetz selbst gerichtet sein. Dabei ist aber nicht ausgeschlossen, daß sich dieses Verhalten in der äußeren Gestaltung seiner einzelnen Bethätigung zunächst gegen ein bestimmtes Rechtsverhältnis zu bestimmten Personen richtet. So richtet sich in dem vorhin erwähnten Falle der irischen Landliga die Weigerung der Pachtzahlung seitens eines bestimmten Pächters zunächst gegen seinen Verpächter, verletzt dessen Vertragsrecht, begründet die Civilklage auf Zahlung oder Entsehung, berührt aber noch in keiner Weise die Grundlagen der Rechtsordnung. Wohl aber werden diese Grundlagen erschüttert, wenn sämtliche Pächter einer gewissen Landschaft nicht aus Zahlungsunvermögen des Einen, aus rechtlich begründeten Einreden des Anderen, sondern einer gemeinsamen Anregung folgend in bewußtem Gegensaße gegen das Gesetz die Pachtzahlung verweigern. Bleibt nun auch die Handlung des Einzelnen, soweit sie nicht ein besonderes Strafgesetz verletzt, straffrei, so tritt doch das Strafgesetz dem öffentlichen Anreize zu solchem Verhalten wegen der darin liegenden Gefährdung der Rechtsordnung durch die Strafvorschrift des §. 110 entgegen.

3. Die Anwendung des §. 110 auf den vorliegenden Fall würde auch nicht, wie die Gegenerklärung des Angeklagten R. vermeint, die Bestrafung des Vertragsbruches herbeiführen, noch die „Koalitions-

freiheit“ der Arbeiter beseitigen. Während bezüglich des Verhältnisses des Vertragsbruches zu dem hier in Frage kommenden strafbaren Thatbestande lediglich auf die vorangehende Erörterung verwiesen wird, ist bezüglich der Koalitionsfreiheit Folgendes zu bemerken. Ob der einzelne Arbeitgeber seine Arbeiter entlassen, der einzelne Arbeiter die Arbeit einstellen will, ist — die Wahrung der gesetzlichen oder vertragsmäßigen Kündigungsfrist vorausgesetzt — Sache der freien Entschliebung des Einzelnen. Das gemeinschaftliche Vorgehen mehrerer Arbeitgeber oder mehrerer Arbeiter in dieser Richtung ist aber geeignet, die Willensfreiheit des anderen Theiles zu beschränken. Von diesem Gesichtspunkte aus, also als Nötigungsmittel, wurden dergleichen Verabredungen durch die §§. 181. 182 der preussischen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 unter Strafe gestellt, ohne daß zum Thatbestande des Vergehens eine an sich widerrechtliche Arbeitseinstellung erfordert wurde, welche letztere vielmehr durch §. 184 an den Arbeitern besonders bestraft wurde. Während nun die Strafe des Vertragsbruches mangels einer bezüglichlichen Bestimmung in der Reichsgewerbeordnung von selbst in Wegfall gekommen ist, sind die Verbote von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeiten oder Entlassung der Arbeiter, durch §. 152 Gew.O. ausdrücklich aufgehoben. Es steht also jetzt den Arbeitern wie den Arbeitgebern frei, ihren Ansprüchen, deren Forderung und Bewilligung an sich von dem freien Willen der Beteiligten abhängt, durch das — zweifellos auch ohne Vertragsbruch durchführbare und wirksame — Mittel der Vereinigung (Koalition) größeren Nachdruck zu geben. Dieses bisher verbotene Mittel ist nun ein erlaubtes. Nicht erlaubt, gesetzwidrig, wenn auch nicht unter Strafe gestellt, bleibt Entlassung oder Arbeitseinstellung vor Ablauf der gesetzlichen oder vertragsmäßigen Kündigungsfrist (§§. 122. 134 Gew.O.)¹ Soweit Verabredungen und Vereinigungen durch §. 152 erlaubt sind, also insbesondere zur Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit sind vermöge der Koalitionsfreiheit auch die Aufforderungen zu

¹ Über das Verhältnis der Koalitionsfreiheit zum Vertragsbruche siehe auch Verhandl. des Reichstages von 1869, Stenogr. Berichte Bd. 2 S. 776.

derartigen Verabredungen und Vereinigungen, die den gewöhnlichen Ausgangspunkt derselben bilden, straffrei. Neben diesem strafrechtlichen Privilegium, welches nach Geschichte und Wortlaut des Gesetzes nur in der Beseitigung der bis dahin geltenden besonderen Strafbestimmungen für Gewerbetreibende und Arbeiter besteht, bleiben aber die allgemeinen Strafgesetze in Kraft. Während §. 153 Gew.D. dies für gewisse gesetzwidrige Mittel, Andere zur Teilnahme an derartigen Vereinigungen zu bestimmen, durch den Schlußsatz: „sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt“ ausdrücklich bestimmt, gilt es ebenso von den Aufforderungen, die auf ein gesetzwidriges Handeln, z. B. Vertragsbruch, gerichtet sind.

Da der Vorderrichter nach den vorstehenden Ausführungen den Rechtsbegriff „Gesetze“ in §. 110 St.G.B.'s verkannt hat, muß gemäß §§. 376. 393. 394 St.P.D., wie geschehen, erkannt werden. Bei der erneuten Verhandlung und Entscheidung wird zu erörtern sein, ob die Aufforderung im vorliegenden Falle dahin zu verstehen, daß nicht bloß die einzelnen Verträge gebrochen werden sollen, sondern dadurch zugleich dem die Vertragserfüllung fordernden Gesetze Ungehorsam entgegengesetzt werden soll.